

# ABSTIMMUNGSKANONEN



Was kommt nach dem jüngsten Nein zu Theresa Mays Brexit-Vertrag? Vier Szenarien, wie der Austritt Großbritanniens aus der EU doch noch klappen könnte – und ihre Wahrscheinlichkeit.

VON TESSA SZYSZKOWITZ, LONDON

**S**chlag nach bei Sherlock Holmes: „Erst muss man das Unmögliche ausschließen und sich dann mit allen unwahrscheinlichen Lösungen beschäftigen. Eine davon muss es sein.“

So ergeht es den Briten derzeit auch. Es scheint keinen Ausweg aus der Brexit-Sackgasse zu geben. Am Freitag ließ Theresa May zum dritten Mal über ihren mit der EU ausgehandelten Scheidungsvertrag im Parlament abstimmen, um den Briten ihren Brexit bis 22. Mai liefern zu können.

Es ging wieder schief. Mit 344 gegen 286 Stimmen ist die Mehrheit dagegen zwar auf 58 Stimmen geschrumpft, aber das House of Commons ist nicht von Mays Deals zu überzeugen. Die anderen unwahrscheinlichen Optionen sind ein bisschen realistischer geworden.

Die britische Premierministerin hatte ihr Schicksal inzwischen bereits mit dem Austrittsabkommen verknüpft und den Rücktritt angeboten, damit die Hardliner in ihrer Partei endlich zustimmten. Prompt lenkte Ober-Brexitler Boris Johnson beim ungeliebten Ding, das er bisher als „Vasallen“-Vertrag bezeichnet hatte, ein. Ihm reichte Theresa Mays Versprechen, den Platz in 10 Downing Street freizumachen. Johnson hofft nun: für ihn.

Das Problem aller harten Brexiteers war bisher, dass das Scheidungsabkommen trotz aller Bedenken angenommen werden muss, damit der Austritt überhaupt noch stattfindet. Erst nach dessen Ratifizierung beginnt Phase zwei der Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen zwischen EU und



Großbritannien. Deshalb klammerte sich die Premierministerin bis zur letzten Minute am 29. März an die Hoffnung, ihre Widersacher doch noch zur Zustimmung zu bewegen.

Von einem triumphalen Unabhängigkeitstag, von dem die Brexit-Euphoriker geträumt hatten, konnte am Freitag keine Rede mehr sein. Erschöpft schlichen die Abgeordneten nach der Abstimmung aus dem Parlament im ehrwürdigen Westminster Palace. Kabale und Hass prägen den Brexit-Prozess seit Monaten. Parlamentspräsident John Bercow, „The Speaker“, berief sich sogar auf eine Konvention aus dem Jahre 1604, um die dritte Abstimmung zu verhindern. Deshalb ließ Theresa May am Freitag ihre Abgeordneten nur über den fertig verhandelten Scheidungsvertrag abstimmen und nicht über die politische Erklärung hinsichtlich der zukünftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU, die bisher Teil des Pakets war. Ziel der Übung: Schnell raus aus der EU.

Die britische Gesellschaft bleibt tief gespalten. Für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft wächst sich der Brexit auf jeden Fall zu einem selbstbeschädigenden Desaster aus. Was immer in den nächsten Wochen und Monaten passiert: Die Verhandlungen über das Verhältnis zwischen Großbritannien und der EU werden Jahre dauern, in denen von Sicherheit für Menschen und Handel keine Rede sein kann.

Für den 10. April hat EU-Ratspräsident Donald Tusk einen Sondergipfel angesetzt, dann sollte Britannien um eine lange Verschiebung des Austrittsdatums ansuchen können. Aber wofür?

Das Parlament sondiert erst einmal weiter. Das ist keine leichte Übung. Am vergangenen Mittwoch hatten die Abgeordneten keine eindeutige Mehrheit für eine konstruktive Lösung gefunden. Acht Mal sagten die britischen Parlamentarier Nein zu den verschiedenen Varianten, wie Großbritannien aus der EU austreten soll.

Es muss aber eine Lösung geben. Diesen Montag geht das Prozedere in die nächste Runde. Die Abgeordneten werden gebeten, jene Variante zu streichen, die ihnen am wenigsten passt – so lange, bis am Ende eine übrig bleibt. Was kann dabei herauskommen? profil nimmt bei Sherlock Holmes Anleihe und hat einen „Wahrscheinlichkeits“-Graphen gezeichnet.

## 1. NO DEAL

Im Parlament kam bisher nur einmal eine klare Mehrheit zustande: gegen einen Austritt ohne Abkommen. 400 stimmten dagegen, 160 dafür – was angesichts der gravierenden Folgen des EU-Ausstiegs ohne jegliches Sicherheitsnetz eine beunruhigend hohe Zahl an Stimmen darstellt. Die Abgeordneten Dominic Grieve von den Tories und Keir Starmer von Labour bekräftigen gegenüber profil, dass das Parlament die Variante „No Deal“ auf jeden Fall stoppen werde. Damit das am 12. April nicht passiert, hat die EU Großbritannien aufgefordert, bis dahin um eine Verlängerung mit gutem Grund – siehe unten – anzusuchen. Parlamentarische Unfälle sind immer noch ein kleiner Risikofaktor, deshalb: 10 Prozent Wahrscheinlichkeit.

## 2. ZWEITES REFERENDUM

Die Variante, die trotz Ablehnung noch die größte Zustimmung der Abgeordneten bekam (268 von 563 Stimmen), sieht vor, dass das Volk noch einmal bindend zu jenem Brexit-Deal befragt werden soll, den das Parlament angenommen hat.

Trotzdem ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass es zu einem Bestätigungsplebiszit kommt. Zwar hat eine Petition zur Rücknahme von Artikel 50 (der Austrittsklausel) sechs Millionen Unterschriften erhalten, und eine Million Menschen demonstrierten am 23. März in London für ein zweites Volksbegehren. Dennoch weigert sich Oppositionsführer Jeremy Corbyn, diesen Ansatz zu unterstützen. Solange er das Referendum nicht fordert, wird es politisch kaum durchzusetzen sein. 20 Prozent Wahrscheinlichkeit.

## 3. SANFTER BREXIT MIT ZOLLUNION

Zünglein an der Waage sind jene Hardliner in Nordirland, die von der Regierungschefin für ihre hauchdünne Mehrheit gebraucht werden. Die zehn DUP-Abgeordneten versagen ihre Zustimmung zum Scheidungsabkommen, weil sie den sogenannten „Backstop“ panisch fürchten. Dieser könnte, sollte er nach Ablauf der Übergangsphase zum Einsatz kommen, für Nordirland andere Bedingungen als für den Rest des Vereinigten Königreichs bedeuten. Deshalb könnten die Demokratischen Unionisten noch eher für ein Abkommen stimmen, bei dem Großbritannien für immer in der Zollunion bleibt. Kombiniert man sie mit Teilen des Binnenmarktes, dann ist ein Backstop nicht nötig, weil ohne Zolltarife keine Grenzkontrollen anfallen. Klingt kompliziert? Nicht für die Nordiren. 30 Prozent Wahrscheinlichkeit.

## 4. NEUWAHLEN

Die Briten können sich derzeit kaum entscheiden, was sie mehr nervt: der Brexit oder die permanenten Abstimmungen. Sie haben 2015 und 2017 neue Parlamente gewählt; 2014 stimmten die Schotten in einem Referendum gegen ihre Unabhängigkeit und 2016 die Briten für den Brexit. Eines wollen sie deshalb ganz bestimmt nicht: wieder abstimmen – vor allem deshalb, weil die Wahl zwischen dem Nachfolger von Theresa May – vermutlich einem Brexiteer – und Jeremy Corbyn ihnen wie jene zwischen Pest und Cholera erscheinen muss. Die eine schaffte es nicht, den Brexit richtig durchzusetzen, der andere konnte ihn nicht verhindern.

Dennoch könnte jetzt ein Sog Richtung Neuwahlen entstehen. Labour würde hochofren in einen klassenkämpferischen Wahlkampf ziehen. Und die Tories werden sich dagegen nicht wehren können, wenn sie so heillos zerstritten bleiben. 40 Prozent Wahrscheinlichkeit.



**TOM TUGENDHAT**  
Der konservative Abgeordnete hat sich vom Gegner des Brexit zum Befürworter gewandelt.

**profil:** Fast drei Jahre nach dem Brexit-Referendum hat es die britische Regierung noch immer nicht geschafft, eine politische Mehrheit für den Ausstieg aus der EU zu bekommen. Immer wieder wird die Frage gestellt, ob die Briten nicht noch einmal abstimmen sollten. Wie stehen Sie dazu?

**Tugendhat:** Es gibt keinen großen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung. **profil:** Eine aktuelle Umfrage des National Centre for Social Research zeigt, dass aktuell 55 Prozent der Briten dafür sind, in der EU zu bleiben.

**Tugendhat:** Auf mich kommen keine Leute zu, die sagen: „Ich habe für den Brexit gestimmt und will jetzt doch bleiben.“ Vielleicht sind das nur meine Kreise, aber ich treffe hauptsächlich Leute, die heute noch wütender sind als vor drei Jahren.

**profil:** Über eine Million Menschen gingen am vorigen Samstag in London auf ▶

# „Ich treffe mich nicht mit Faschisten“

Tom Tugendhat, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses im britischen Parlament, über seine Gründe, für den Brexit zu stimmen, eine EU ohne Großbritannien und seine Weigerung, mit FPÖ-Abgeordneten zu reden.

die Straße, um ein zweites Referendum zu fordern. Ist das nichts?

**Tugendhat:** Das ist schon sehr beeindruckend. Aber das sind die gleichen Leute, die auch schon vor drei Jahren für den Verbleib in der EU gestimmt haben. Sie repräsentieren keinen Wandel.

**profil:** Sie selbst haben damals für den EU-Verbleib gestimmt und sind nun für den Brexit.

**Tugendhat:** Das Referendum 2016 hatte eine demokratische Legitimation. Diese wurde durch die Parlamentswahl 2017 verstärkt, in der das Versprechen gegeben wurde, den Brexit durchzuführen. Dafür haben die Leute gestimmt. Wir sollten uns daran halten.

**profil:** Wenn man, wie Theresa May, über denselben Austrittsvertrag drei Mal im Parlament abstimmen lässt, um das gewünschte Ergebnis zu bekommen, ist dann nicht auch ein Referendum über einen konkreten Brexit-Vorschlag legitim?

**Tugendhat:** Wir hatten schon ein Votum. Wir sollten es einfach umsetzen.

**profil:** Während wir sprechen, diskutieren Ihre Parteikollegen in einer WhatsApp-Gruppe, wie sie mit Theresa May umgehen sollen. Kommt es zu einem Parteiputsch gegen die Premierministerin, oder stimmen Ihre Kollegen doch noch Mays Austrittsdeal zu?

**Tugendhat:** Es ist zu früh, das einschätzen zu können. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Premierministerin in einigen Tagen nicht mehr im Amt ist. Was dann passiert, wissen wir noch nicht.

**profil:** Wer soll sie Ihrer Meinung nach ersetzen?

**Tugendhat:** Ich würde sagen, wir brauchen jemanden, der dafür gestimmt hat, die EU zu verlassen. Er hätte die Chance, die notwendigen Kompromisse durchzusetzen. Ein Proeuropäer hätte das Problem, dass alles, was er tut, als Verrat angesehen würde. Jemand wie Umweltminister Michael Gove wäre gut geeignet.

**profil:** Fürchten Sie um den britischen Einfluss, wenn es zum Brexit kommt?

**Tugendhat:** Man kann auch außerhalb der EU-Gremien kooperieren. Wir werden in der OSZE, in der Nato und in den Vereinten Nationen präsent sein und mit den Europäern neue Kanäle öffnen. Wir brauchen neue Formate für die notwendigen Gespräche.

**profil:** Wenn die Briten die EU verlassen, wird ihre Stimme aber erst einmal fehlen. Am Beispiel Russland: Ihre Regierung will die EU-Sanktionen gegen das System von Wladimir Putin beibehalten, Österreich ist eher für deren Aufhebung.

**Tugendhat:** Wir müssen weiter eng mit allen Partnern zusammenarbeiten, mit Ame-



**Tom Tugendhat, 45,**

führt seit 2017 den Vorsitz im außenpolitischen Ausschuss des britischen Parlaments. Er stammt aus einer österreichischen Familie, die vor den Nazis nach London flüchten musste. Tugendhat ist Mitglied der Conservative Party, setzte sich 2016 aber für den Verbleib in der EU ein. Nun stimmte er mit Theresa May zwei Mal für die Annahme des EU-Austrittsvertrages.

rika wie mit der EU. Russland ist für uns alle eine Herausforderung: Erst wurde Georgien überfallen und teilweise besetzt, dann die Ukraine. Russland hat extrem feindliche Aktivitäten in den baltischen Staaten durchgeführt. In Montenegro versuchte Russland sogar, den Premierminister umzubringen. In Deutschland wurden Falschinformationen verbreitet, um Unruhe zu schüren. Russland agiert heute äußerst feindselig gegenüber mehr oder weniger jedem. Wir müssen deshalb zusammenarbeiten, um die Russen vor ihrer Führung zu schützen. Russland wird von einem gewalttätigen Mafia-Regime regiert, an dessen Spitze einer der reichsten Männer der Welt steht. Wladimir Putin hat sein Geld rund um die Welt versteckt, leider auch im Vereinigten Königreich.

**profil:** Warum unternimmt Großbritannien so wenig dagegen?

**Tugendhat:** Wir müssen Putins Geld finden, es beschlagnahmen und dem russischen Volk zurückgeben. Die Regierung leistet jetzt gute Arbeit, um illegale Vermögen einzufrieren. Aber das hätte vor zehn Jahren schon passieren sollen.

**profil:** Gerade die britischen Überseegebiete in der Karibik spielen für Geldwäsche

eine wichtige Rolle. Nun soll es öffentlich zugängliche Register geben, um die wirtschaftlichen Eigentümer einsehbar zu machen und für mehr Transparenz zu sorgen. Die Regierung will diese Maßnahme auf das Jahr 2023 verschieben.

**Tugendhat:** Das hat nichts mit dem Brexit zu tun, sondern damit, dass die Behörden erst ihre Steuercodes anpassen müssen.

**profil:** Sehen Sie den Brexit als Teil einer politischen Entwicklung, zu der auch die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und die rechtspopulistische Welle in Europa gehören?

**Tugendhat:** Teilweise schon. Die Menschen im Vereinigten Königreich hatten allerdings unterschiedliche Gründe, für den Brexit zu stimmen. Sie wollten die Kontrolle über ihre Institutionen zurückhaben. Ich habe damals argumentiert, dass wir unsere Anliegen in der EU besser vertreten könnten, wenn wir mit am Tisch sitzen. Aber die britische Bevölkerung hat sich für etwas anderes entschieden.

**profil:** Sie sehen keine Parallelen zwischen den Motiven von Brexit-Befürwortern und europaskeptischen, anti-elitären, rechtspopulistischen Parteien wie zum Beispiel der FPÖ?

**Tugendhat:** Im Vereinigten Königreich haben wir kein Problem mit der extremen Rechten. Ich halte es für gefährlich, wenn jemand denken sollte, der Brexit habe irgendetwas mit der FPÖ zu tun. Das ist nicht der Fall.

**profil:** Fürchten Sie, dass der Eintritt der FPÖ in die österreichische Regierung die Sicherheit der europäischen Sicherheitsdienste kompromittiert hat?

**Tugendhat:** Es ist sehr schwierig, eine Organisation wie das österreichische Innenministerium wohlwollend zu betrachten, wenn es von einem FPÖ-Mitglied geleitet wird.

**profil:** Sie sollen sich geweigert haben, FPÖ-Abgeordnete zu treffen, die Sie in London besuchen wollten.

**Tugendhat:** Ich treffe mich nicht mit Faschisten – egal aus welchem Land sie kommen.

**profil:** Blicke das Vereinigte Königreich in der EU, könnte es bei den kommenden EU-Parlamentswahlen doch ein Gegengewicht zum erwarteten Rechtstrend bilden ...

**Tugendhat:** Das kann man zwar legitimerweise so sehen, aber die Briten haben eine andere Perspektive. Der Brexit ist kein rechtes Projekt. Jeremy Corbyn (der Vorsitzende der Labour-Partei, Anm.) hat immer gegen die EU gestimmt – mehr als 30 Jahre lang – und ist trotzdem sehr links.

INTERVIEW: TESSA SZYSZKOWITZ, LONDON